

Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements

Der Begriff „Quartiersmanagement“ ist in Deutschland im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“ bekannt geworden, welches an das Landesprogramm „Stadtteile mit erhöhtem Erneuerungsbedarf“ in NRW anknüpft (vgl. Becker/Löhr 2000), also im Kontext einer Politik der ökonomischen und sozialen Stärkung benachteiligter sozialer Räume („Soziale Stadtentwicklung“). Mittlerweile hat eine Ausdifferenzierung und auch Professionalisierung dieses Konzepts eingesetzt. Die Literaturproduktion schreitet voran. Nicht mehr nur das Quartier ist im Blick, sondern die gesamte Stadt. Stadtentwicklung mit Stadtmanagement erscheint als eine aussichtsreiche Perspektive (vgl. Hochstadt 2005). Eine beachtliche Zahl neuer Studiengänge und Weiterbildungen sind mittlerweile auf dem Markt. Zu nennen sind etwa der Studiengang „Gemeinwesenökonomie“ an der Evangelischen Fachhochschule in Hamburg, der Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie“ an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, das Burckardthaus in Gelnhausen. Eine der ersten Adressen für Gemeinwesenarbeit bietet neuerdings eine Fortbildungsreihe „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt“ an, das Institut für City- und Regionalmanagement Ingolstadt einen gleichnamigen Weiterbildungsstudiengang (vgl. Bönninger 2005). Der cursorische Blick auf neuere (Aufbau-) Studiengänge und Weiterbildungen, die einen Indikator für Professionalisierungsbestrebungen und -prozesse darstellen, zeigt zumindest eines: für die Quartiers-, Stadtteil- und Stadtentwicklung interessieren sich unterschiedliche Disziplinen und Professionen, was wiederum darauf verweist, dass Quartiers- und Stadt(-teil)entwicklung offensichtlich eine inter- bzw. multidisziplinäre Perspektive verlangt.

1. Quartiersmanagement: eine (neue) Methode, ein Handlungsansatz oder ein neuer Politiktypus?

Eine allgemein anerkannte Definition von Quartiersmanagement lässt sich bislang nicht auffinden. In einer öffentlichen Ausschreibung des Berliner Senats aus dem Jahr 2001 werden für ein Quartiersmanagement-Team beispielsweise folgende Aufgaben benannt:

„Bewohneraktivierung“, „Stadtteilkoordination“ und Projektinitiierung“. „Das Instrument Quartiersmanagement soll prozesshaft eine In-

tegration und Vernetzung aller Strategien und Aktivitäten (im Stadtteil; D.F.) befördern. Ziel ist es, die Bewohner/innen selbst zu Akteuren der Quartiersentwicklung zu machen, dabei ist es Aufgabe des Quartiersmanagements, die Entstehung von Projekten zu initiieren und zu fördern“ (vgl. Güntner 2004, S. 171f.).

Diese Aufgabenbestimmung weist Quartiersmanagement im Kern als ein Instrument zur Implementation der „sozialen Stadtentwicklung“, wie sie im Programm „Soziale Stadt“ und entsprechenden Länderprogrammen konzeptualisiert ist, aus (Alisch 2001; 2002). Die Nähe zur Gemeinwesenarbeit (GWA) bzw. zur Community Organization (vgl. Galuske 1999, S. 89-100) ist unverkennbar. In diesen Konzepten sind die Aktivierung der Bevölkerung, Selbst- und Nachbarschaftshilfe und Partizipation zentral (vgl. Ries u.a. 1997). Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip verweist auf die Sozialraumorientierung Sozialer Arbeit. Gemeinwesenarbeit in ihrer professionellen Variante erfolgt überwiegend in Fällen, in denen die „normalen“ Reproduktionsmöglichkeiten und damit die durchschnittliche soziale und gesellschaftliche Teilhabe einer Bevölkerung erheblich eingeschränkt sind und die Selbststeuerungsfähigkeit von Gemeinwesen/ sozialen Räumen nicht mehr gegeben ist. Dieser Sachverhalt trifft in Folge des ökonomischen Strukturwandels auf eine Vielzahl von Stadtteilen und Quartieren zu. Genannt werden sie „benachteiligte Räume“ oder „Stadtteile mit erhöhtem Erneuerungsbedarf“, was zuweilen eine Verniedlichung darstellt, denn nicht wenige davon befinden sich geradezu in einer Fallkurve, die nur mit großer Anstrengung unter Kontrolle gehalten werden kann.¹

Gemeinwesenarbeit hat in Deutschland bereits eine längere Tradition. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ erfährt sie einen Bedeutungsgewinn. Quartiermanagement stellt – so die eine Lesart – eine konsequente Weiterentwicklung von Gemeinwesenarbeit dar; oder – die andere Lesart: die Gemeinwesenarbeit bringt ihre Konzepte und Kompetenz in ein übergreifendes Konzept ein: das Quartiersmanagement im Dienste einer „Sozialen Stadtentwicklung“, das aber (weit) über den Gegenstand der Sozialen Arbeit hinausreicht.

Wenn man das Konzept des Quartiersmanagements, dessen Bedeutung und Aufstieg verstehen will, wird man die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Entwicklung von Städten, Regionen und Gemeinden, sondern auch auf darauf bezogene (Sozial-)Politiken zu richten haben, auf den Wandel von „kommunalen Leitbildern“ und auf neue „Formen des Regierens“. Güntner (2004) rekonstruiert zutreffend das Programm „Soziale Stadt“ und seine Län-

dervarianten als Reaktion auf zwei strukturell zu unterscheidende Probleme: (1) residentielle Segregation bzw. Verarmung einzelner Quartiere und (2) ineffiziente Politik (Kursivsetzung D.F.) und folgert daraus: „Auf beiden Ebenen – Bund und Land – lässt sich die Politik der sozialen Stadtentwicklung folglich als eine Kombination von substantieller Politik und Institutionenpolitik beschreiben“ (ebd., S. 170).

Wegener (1998), der die Entwicklung kommunaler Leitbilder rekonstruiert hat, diagnostiziert in den neunziger Jahren einen Übergang von der „Ordnungskommune“ zur „Dienstleistungskommune“, deren Legitimation und Leistungsfähigkeit er aber für unzureichend, und deshalb einen weiteren Übergang zur „Bürgerkommune“ für geradezu unausweichlich hält. Während im Typus der „Dienstleistungskommune“ das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit vorrangig und die Blickrichtung auf den Markt und die Abnehmer öffentlicher Leistungen gerichtet ist, steht im Typus der „Bürgerkommune“ der soziale Zusammenhalt im Vordergrund. Nicht die Kundenperspektive ist primär von Interesse (ökonomische Argumentation), sondern die Bürgerschaft und die örtliche Gemeinschaft (politische Argumentation).

Dieses Leitbild wiederum ist verknüpft mit Konzepten der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Filsinger 2000), die in neueren wissenschaftlichen und politischen Diskursen als zu erschließende Ressource für soziale Kohäsion in der „Krise des Sozialen“ verhandelt werden. In der Rede vom „aktiven Staat zum aktivierenden Staat“, vom „ermöglichenden“ bzw. „ermunternden“ Staat, von der „Zivil- bzw. Bürgergesellschaft“ vom Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement, vom Sozialkapital² scheint eine neue post-soziale Regierungsstrategie erkennbar. „Regieren durch Community“ (Sutter 2003). In den Ausführungen der Enquete-Kommission werden Selbstbezug und Gemeinwohlorientierung herausgestellt. Kompetenzerwerb rückt in den Mittelpunkt. „Der Optimierung des gesellschaftlichen Lebens wird die selbstverantwortliche Optimierung der individuellen Lebensumstände zur Voraussetzung“ (ebd.). Die Kompetenzanforderungen an die Bürgerinnen und Bürger sind demnach beträchtlich.

2. Interkulturelles Quartiermanagement

Der größere Kontext des Quartiersmanagements ist eine sozialintegrative Stadt(teil)politik, die über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ kleinräumlich umgesetzt werden soll. Dieses wiederum ist eine Antwort auf die sozioökonomische und sozialräumliche Polarisierung der Stadtgesellschaft(en) (vgl. Dangschat 1995; Häußermann 2000, Bremer/Gestring

2004). Dieses Bund-Länder-Programm ist verknüpft mit dem Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ (vgl. Walther 2002; Krummacher u.a. 2003). Die Notwendigkeit einer baulichen und (sozial)infrastrukturellen Erneuerung und Qualifizierung marginalisierter bzw. von Marginalisierung bedrohter Stadtteile und Quartiere, in denen „ethnisierte“ Konflikte um Bewegungsspielräume und Lebenschancen unvermeidbar erscheinen, ist offensichtlich erkannt (vgl. Krummacher/Waltz 1999).

Ein zentrales Anliegen der Stadt(teil-)entwicklung ist die Rekonstruktion eines eigenständigen Stadtteilslebens, die Stärkung der örtlichen Potenziale und die Motivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, sich in Initiativen und Vereinen zu engagieren und diese dauerhaft selbst zu organisieren. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Stadtteile wieder als selbständige Gemeinwesen funktionieren, also ihre Selbststeuerungsfähigkeit wieder erlangen.

Bestandteile eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts vor Ort sind die Bausteine Bürgeraktivierung, lokale Beschäftigung und Ökonomie, Förderung der Nachbarschafts- und Stadtteilkultur, Verbesserung der Wohnsituation und die städtebauliche Entwicklung. Dem Quartiersmanagement kommt eine Schlüsselfunktion zu. Neben den Bürgerinnen und Bürgern müssen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wohnungsunternehmen sowie die Träger der Sozialarbeit und Beschäftigungsförderung zur Kooperation gebracht werden; es geht um die inhaltliche und organisatorische Vernetzung lokaler und regionaler Akteure („kooperatives Stadtteilmanagement“) (vgl. Alisch 1998; Alisch 2001; Schubert/Spieckermann 2002).

Interkulturelles Quartiersmanagement braucht, sofern es dieser Qualifizierung bedarf, zwingend eine Vorstellung vom „Interkulturellen“.³ Gesellschaftlicher Zusammenhalt, möglichst spannungsarme Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften, zwischen Einwanderungsminoritäten und der Majorität, sind dann am ehesten zu erwarten, wenn jedem Gesellschaftsmitglied eine ökonomisch gesicherte Existenz, in der Regel über den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit, notfalls über sozialstaatliche Absicherung, eine selbständige Lebensführung und kulturelle Entfaltung, also Lebenschancen im komplexen Sinn ermöglicht werden; wenn jedem Gesellschaftsmitglied „eine fraglos gesellschaftlich nützliche Rolle, d.h. ein Platz im Leben“ (Siebel 1997, S. 35) zugewiesen wird. Nur unter diesen Bedingungen können sich die von dem soziologischen Klassiker Georg Simmel herausgestellten „urbanen Tugenden der resigierten Toleranz und Gleichgültigkeit“ (ebd.)

wirklich entfalten. Vielleicht reichen diese Tugenden ja nicht aus, aber sie stellen in Einwanderungsgesellschaften allemal eine erhebliche Leistung dar, die nicht gering geschätzt werden sollte. Die urbane Stadt zeichnet sich durch das Vorhandensein unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Milieus – also einer Kultur der Differenz – aber eben auch durch Fremdheit und Distanz aus. Sozialverhältnisse, die mit „guter Nachbarschaft“ aufgrund von Homogenität beschrieben werden können – um eine Unterscheidung von Claus Offe (1998) aufzugreifen –, sind in der (Groß-)Stadt eher nicht zu erwarten. Sozialverhältnisse der „kategorialen Fremdheit“ sind destruktiv und tunlichst zu vermeiden, aber auch hierzulande wohl nicht auszuschließen. Wenn es gelingt, zu einer „konfliktuellen Kooperation“ zu gelangen, ist schon viel erreicht. Eine solche verlangt zuallererst einen bewussten und sorgfältigen Umgang mit Differenz, also einen reflexiven Umgang mit kultureller Differenz und Interkulturalität (vgl. Hamburger 2000).

Ein angemessenes Konzept interkulturellen Quartiersmanagements muss sich der unaufhebbaren Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration vergewissern. In dieser Perspektive erscheint eine nüchterne und differenzierte Bewertung von Segregation und des „community-building“, also von „ethnic communities“ erforderlich und möglich (vgl. Häußermann/Oswald 1996; Leggewie 2000). Zum einen bedarf es für alle Gruppen in einem Gemeinwesen, d.h. auch und vor allem für die Zugewanderten, Bewegungsspielräume und Rückzugsmöglichkeiten, Orte des Übergangs, d.h. auch der „unvollständigen Integration“ (Bahrtdt); zum anderen bedarf es aber gleichzeitig öffentlicher Räume zwischen Gruppen und Kulturen, auch zwischen den Generationen, in denen Kontakt, Austausch und Arrangements zustande kommen können (vgl. Häußermann 1995; 1998).

Was es braucht sind also Gelegenheitsstrukturen und Interaktion ermöglichende Strukturen. Ein solches Konzept, das dem sozialen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft förderlich sein soll, wird zuallererst vermeiden, soziale Verhältnisse mit Hilfe von kulturellen oder gar ethnischen Kategorien zu beschreiben, also eine Kulturalisierung zu befördern, sondern einen bewussten und sorgsamsten Umgang mit Differenz pflegen. Mit Bernert/Lange könnte man ein Quartiersmanagement in dem Maße als „interkulturell“ bezeichnen, wie es ihm gelingt, „den Raum ‚zwischen‘ den unterschiedlichen menschlichen Lebensstilen so zu gestalten, dass Situationen des offenen zivilgesellschaftlichen Umgangs miteinander zum Normfall werden“

(Bernert/Lange, 2000, S. 29; vgl. auch Bukow u.a. 2001).

3. Strategische Orientierungen und Handlungstypen eines interkulturellen Quartiersmanagements

Quartiersmanagement ist mit Aufgaben der Steuerung, Moderation und Organisation von Stadtteilentwicklungsprozessen befasst. „Top-down“- und „Bottom-up“-Strategien stellen im Kern keine Alternativen dar. Vernünftig erscheint eine intelligente Verknüpfung beider Strategien, wobei „Bottom-up“-Strategien wohl erst noch zu entwickeln sind (vgl. Krummacher u.a. 2003). „Bottom-up“-Strategien müssen die vorhandenen Potenziale und Handlungsbereitschaften aufgreifen. Ein interkulturelles Quartiersmanagement ist auf die Einbeziehung von und die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen (insbesondere der Migrantenökonomie; vgl. Schuleri-Hartje u.a. 2005) essentiell angewiesen, wobei geschlechts- und generationspezifische Differenzen in den Selbstorganisationen zu beachten sind. Stadtteilentwicklungsprozesse verlaufen aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner und der verschiedenen Stadtteilakteure selten konfliktfrei. Der Konflikt ist der Normalfall. Strategisches Handeln ist vor diesem Hintergrund unabdingbar; „konfliktuelle Kooperation“ stellt einen Fortschritt gegenüber Rückzugstendenzen dar, die sowohl auf Seiten der alteingesessenen als auch auf Seiten der zugewanderten Bevölkerung beobachtbar sind. Eine solche Kooperation verlangt auf Seiten des Quartiersmanagements eine „Verständigungsorientierung“, die mit einer manageriellen Denk- und Handlungsweise nur schwer vereinbar ist. Soziale Beziehungen und Lebenswelten lassen sich nun mal nicht mit noch so ausgefeilten Techniken planen oder „herstellen“ (vgl. Leggewie 1993). Eine so konzipierte Regulierung des Sozialen muss notwendigerweise scheitern. Ohne Zweifel fallen aber im Rahmen einer integrierten Quartiersentwicklung auch Managementaufgaben an, die kompetent wahrgenommen werden müssen.

Begreift man interkulturelles Quartiersmanagement als „intermediäre Institution“ (vgl. Lüttringhaus 1998; Filsinger 2000), dann sind vor allem Vermittlungsleistungen zu erbringen, denen ohne eine Verständigungsorientierung wenig Erfolg beschiedenen sein dürfte. In der praktischen Umsetzung von interkulturellem Quartiersmanagement (IKQM) lassen sich verschiedene Handlungstypen unterscheiden, die in der beruflichen/professionellen Praxis zwar miteinander verknüpft sind, jedoch systematisch zu unterscheiden sind.

3.1 Beobachtung: Sozialraumanalyse, Monitoring und Evaluation

IKQM lässt sich nur auf der Basis einer (empirisch) fundierten Sozialraumanalyse und einer Dauerbeobachtung des Gemeinwesens realisieren.⁴ Differenzierte Konzepte zur Sozialraumanalyse liegen vor (vgl. Riege/Schumann 2004). Die Entwicklung von Indikatoren zur Beobachtung und Analyse von Integrationsprozessen (systemische, soziale und kulturelle Integration) schreitet voran, so dass künftig auch ein Instrumentarium zur Verfügung stehen wird. Mit Hilfe eines kleinräumlichen Monitoring (Sozialberichterstattung) ist es möglich, Informationen über Teilhabe, Gefährdungen und Ausgrenzungen (vgl. Bartelheimer 2004) zu gewinnen.⁵ Dieses kann auch als „soziales Frühwarnsystem“ (z.B. für aufkommende Konflikte) genutzt werden. In der Beobachtung des Gemeinwesens kommt es vor allem darauf an, „biographische Signale“, Netzwerke und Netzwerkentwicklungen, Engagementpotenziale sowie die sozialen, kulturellen und ökonomischen Möglichkeiten der Bewohnerschaft aufmerksam wahrzunehmen.⁶ Eine kontinuierliche Evaluation von Maßnahmen, Projekten und Konzepten versteht sich mittlerweile wohl von selbst (vgl. Filsinger 2004).

3.2 Netzwerkförderung

Der Netzwerkförderung und -entwicklung kommt eine herausragende Bedeutung zu (vgl. Schubert/Spieckermann 2003). Die noch vorhandenen sozialen Netze müssen gestärkt und neue geknüpft werden („networking“). Insofern könnten Quartiersmanager/innen zu Recht als „Netzwerker/innen“ bezeichnet werden.⁷ In diese Arbeit müssen die Migranten-Communities einbezogen sein. Der Kindergarten, die Schule und Vereine eignen sich in besonderer Weise, um Netzwerke zu knüpfen. In einer interkulturellen Perspektive kann es allerdings nicht vorrangig um eine Festigung von Bindungen innerhalb von Bevölkerungsgruppen, also von „bounding“-Netzwerken gehen. Vielmehr sind vor allem „Bridging“-Netzwerke (vgl. Klein u.a. 2004) gefragt, die geeignet sind, Brücken zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung bzw. zwischen den Zuwanderergruppen zu bauen.

3.3 Ermöglichen/Vermittlung

Ein Quartiersmanagement, das dem Potenzialansatz folgt, wird vor allem „Möglichkeitenräume“ eröffnen und Vermittlungsleistungen zu erbringen haben. Vermittlungsleistungen sind auf unterschiedlichen Ebenen zu erbringen. Dazu gehören die Inszenierung und Organisation von Gelegenheitsstrukturen bzw. die Unterstützung von „selbst tragenden Struk-

turen“, die Eröffnung von Zugängen zu Institutionen (Kindergarten, Schule, Verwaltung u.a.), auf deren interkulturelle Öffnung hinzuwirken ist (vgl. Handschuk/Schröder 2002), die Entwicklung von Projekten, die Beschaffung von Ressourcen (Räume, Finanzen, Personen), aber auch die „Streitvermittlung“ (Mediation) in Konfliktfällen. Der Vermittlung zwischen (unterschiedlichen) Bewohnerinteressen und Politik/Verwaltung kommt eine herausragende Bedeutung zu (Aushandlungsprozesse). Diese ist im Kern eine Vermittlung zwischen System und Lebenswelt.

In diesem Zusammenhang bedarf es des gezielten Blicks auf die lokale Politikgestaltung, auf das lokale/quartierspezifische Policy-Netzwerk. Aufschluss im Hinblick auf die Chancen und Grenzen von Aushandlungsprozessen, von gemeinsamen Wirklichkeitsdefinitionen und Problemlösungen versprechen lokale Diskursanalysen (vgl. Legewie 1993). Solche Analysen geben Auskunft über Positionen, Deutungsmuster und Interessen der Akteure und Akteurinnen. „So ergibt sich ein Bild der Problem- und Konfliktfelder aus der Sicht der unterschiedlichen Akteure: die Konfliktparteien, ihre unterschiedliche Problemsicht, ihre geäußerten (und möglicherweise verdeckten) Interessen, ihre Wissens- und Machtressourcen, aber auch ihre Ambivalenzen, ihre Kompromiss- und potenzielle Unterstützungsbereitschaft und ihr Engagement für Innovationen werden greifbar“ (Legewie 1993, S. 28).

3.4 Planung, Koordination und Vernetzung

Dieser Handlungstypus unterscheidet sich erheblich von den Handlungstypen zwei und drei, die eher der „bottom-up“-Strategie zuzuordnen sind, und ist in gewisser Weise komplementär zum ersten Handlungstypus zu sehen. Die integrierte Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die eine Verknüpfung von baulichen, infrastrukturellen und bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen im Kontext einer sozialen Kommunalpolitik verlangt.⁸ Für diese Aufgabe bedarf es zuallererst eines eindeutigen Mandats.

4. Voraussetzungen und Vorkehrungen

Ein so verstandenes interkulturelles Quartiersmanagement ist an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden, oder anders formuliert: es sind bestimmte Vorkehrungen zu treffen. (1) IKQM ist als eine professionelle Aufgabe zu begreifen, nicht als eine politisch-administrative. Insofern muss professionellen Standards Geltung verschafft werden. Quartiersmanager/innen benötigen professionelle Kompetenzen bzw. müssen solche begleitend erwerben oder erweitern (insbesondere „lebensweltli-

che Kundigkeit“). Dazu gehören unabdingbar interkulturelle Kompetenzen.⁹ Professionelle Tätigkeiten wiederum benötigen eine (relative) Autonomie und entgegenkommende institutionelle Strukturen.¹⁰ (2) Zur Professionalität gehört, zwischen unterschiedlichen Aufgaben und Rollen unterscheiden zu können (siehe Handlungstypen). Beraten, Ermöglichen, Fördern, Vermitteln und Koordinieren sind Tätigkeiten, die jeweils einer anderen Logik folgen. Die strukturell unterschiedlichen Rollen und Aufgaben müssen transparent gehalten werden, nicht zuletzt um das Vertrauen zu schaffen bzw. zu erhalten, ohne das ein IKQM nicht auskommt. (3) IKQM ist notwendigerweise in institutionelle Strukturen eingebunden. Insofern kommt der Klärung des Auftrags und der Ressourcenausstattung (zum Schutz vor Überforderung) eine zentrale Bedeutung zu. Ohne eine adäquate Einbeziehung in das Beratungs- und Entscheidungsgefüge der Kommune ist ein IKQM in der hier verhandelten Lesart nicht handlungsfähig.

Es erscheint die Frage nahe liegend, ob das komplexe Aufgabenprofil nicht notwendigerweise zu einer Überforderung führen muss, vor allem vor dem Hintergrund strukturell unterschiedlicher Aufgaben. Wenn dem so ist, dann ist zumindest Skepsis angebracht, ob es Sinn macht, diese Aufgaben in einer Hand zu vereinen. Es können nämlich leicht paralysierte Strukturen entstehen, die Fortschritte in den jeweiligen Bereichen behindern. Gerade weil eine integrierte Quartiersentwicklung notwendigerweise multidisziplinär angelegt sein muss, erscheint es sinnvoll, die Beiträge der beteiligten Berufsgruppen/ Professionen genauer zu bestimmen. Eine sorgfältige Unterscheidung zwischen politischen, Management- und professionellen (sozialarbeiterischen) Aufgaben könnte überdies hilfreich sein. Mit einer „Entgrenzung“ ist der Sache in jedem Fall nicht gedient (vgl. Filsinger 2001).

Einer „integrativen“ Quartiersentwicklung das Wort zu reden, sollte einen im übrigen nicht davon abhalten, Differenzen bewusst wahrzunehmen, damit man weiß, was es zu integrieren gilt bzw. wo die Aufrechterhaltung von Differenz nicht nur sinnvoll, sondern geradezu produktiv sein könnte.

Integrierte Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung unter aktiver Beteiligung der Bewohner/innen (insbesondere der Migranten/innen) ist eine Programmformel, die gut begründet ist, sie ist aber nur dann perspektivenreich, wenn das „Soziale“ nicht zu einer Restkategorie gerät (vgl. Schweitzer 2001). Das Programm ist äußerst anspruchsvoll. Die Ansprüche an die Bewohner/innen sind erheblich. Viele Bewohner/innen sind aufgrund ihrer strukturellen

Benachteiligung tendenziell überfordert. Aber auch die Ansprüche an das kommunale politisch-administrative System sind beträchtlich. Es müssen nämlich nicht nur Voraussetzungen geschaffen, damit „Querschnittsaufgaben“ bearbeitet werden können, sondern es bedarf auch „entgegenkommender Strukturen“, die es ermöglichen, dass sich die vorhandenen bzw. mobilisierbaren Selbstbestimmungs-, Innovations- und Partizipationspotenziale der Bewohner/innen, dass sich Politikprozesse überhaupt entfalten können (vgl. Filsinger 2000). Inwieweit diese Voraussetzungen bereits gegeben sind, wäre an Hand der Zwischenbilanzen eigens zu prüfen (vgl. Walther 2002; Krummacher u.a. 2003; Häußermann 2004). Dies kann im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden.

5. Grenzen und Herausforderungen

Programme und Projekte zur Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung und ein interkulturelles Quartiersmanagement werden nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie neben der Verbesserung der Bildungsbedingungen der dort lebenden Bevölkerung, der Wohnungs- und Wohnumfeldqualität und der sozialen Infrastrukturausstattung darauf abzielen, neue Beschäftigungs- und Erwerbschancen, insbesondere für diejenigen zu eröffnen, die nur schwer oder überhaupt keinen Zugang zu Ausbildung bzw. Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden. Damit ist vorrangig eine lokale Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik angesprochen, die darauf abzielen muss, neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus hervorzu- bringen. Es geht also um die Schaffung von wirtschaftlichen Gelegenheiten, die gleichzeitig der baulichen, der Umwelt- und Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen, sowie um die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren/innen (z.B. Stadtteilgruppen, private Akteure/innen, politisch-administrative Akteure/innen, Bewohner/innen). Die Migrantenökonomie und die Migrantenselbstorganisationen stellen ein wichtiges Potenzial dar, das zur Kooperation gebracht werden muss und kann (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997; Schuleri-Hartje u.a. 2005). Gefragt ist folglich eine kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die mit Hilfe einer „kooperativen Politik“ (vgl. Brocke 2002) spezielle Programme (z.B. im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“) in die lokale und regionale Ökonomie einfügt.

Ohne eine entgegenkommende staatliche Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik dürfte der Erfolg dieses Konzepts aber bescheiden ausfallen. Es dürfte wohl Übereinstimmung darüber bestehen, dass das

anspruchsvolle Konzept der integrierten Sozialraumentwicklung nicht nur einer eindeutigen politischen Option mit dazugehöriger Ressourcenallokation, einer deutlichen Ermutigung und Stützung von Handlungs- bzw. Partizipationsbereitschaften bei den (jungen) Bürgerinnen und Bürgern, gleich welcher Herkunft, sondern vor allem auch ernsthafter Beteiligungsmöglichkeiten bedarf.¹¹ Der Idee der sozialen Kooperation dürfte überdies nur Erfolg beschieden sein, wenn breit zum Bewusstsein gelangt, dass es eine „öffentliche Verantwortung“ für das soziale Zusammenleben in den Kommunen gibt.

Anmerkungen:

1) Mit dem Begriff der „Fallkurve“ knüpfe ich an die Arbeiten von Fritz Schütze (1981) im Rahmen der Biographieforschung an.

2) Vgl. dazu die Ergebnisse der vom Deutschen Bundestag im Jahr 2000 eingesetzten Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (vgl. Blätter der Wohlfahrtspflege, 152. Jg., Heft 3, 2005).

3) Interkulturelles Quartiersmanagement knüpft im Kern an das Paradigma der „Interkulturellen Öffnung“ an. Dieses Paradigma ist in meinem Verständnis als Aufforderung zu verstehen, allen Zugewanderten und ihren Kindern eine umfassende Teilhabe an und den ungehinderten Zugang zu den sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu ermöglichen, insbesondere den Zugang zu Bildung, zu Erwerbsarbeit, zu den sozialen Sicherungssystemen, zu den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, zur sozialen Infrastruktur (vgl. Filsinger 2003; 2004); zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste vgl. auch Barwig/Hinz-Rommel (1995). Interkulturelle Öffnung ist im weitesten Sinne als sozialräumliches Gestaltungsprinzip zu kennzeichnen (vgl. Hartmann/Pröhl 2003).

4) Sinnvoll erscheint eine Verbindung des Lebenslagenansatzes mit Lebenswelt- und Milieuanalysen. Schumann (1994, 1995) hat den sozialen Raum unter verschiedenen Perspektiven konzeptualisiert. Mit Hilfe dieses Untersuchungsansatzes wird die Aufmerksamkeit nicht nur auf vorhandene Netzwerke und die darin vorfindbaren Ressourcen und Kompetenzen gerichtet, sondern auch auf die im sozialen Raum stattfindenden Prozesse, auf die soziale Strukturierung des Raums. Vor dem Hintergrund so gewonnenen Wissens lassen sich die Chancen, Bruchstellen und Grenzen sowie Ansatzpunkte zur Aktivierung und Unterstützung des Engagements von Bewohnern/innen genauer bestimmen.

5) Vgl. dazu die Analysen von Ziegler/Otto (2004 a; b) zum Zusammenhang von Sozialraum und sozialem Ausschluss.

6) In diesem Zusammenhang erscheint ein Hinweis auf die Aufgabe der sozialarbeiterischen Profession weiterführend. Sie muss, „biographische Signale“, Lebensprobleme, Risse und Brüche des Sozialen“ aufmerksam wahrnehmen, Unterstützung bei der Lebensführung/Lebensbewältigung anbieten und Empowermentprozesse begleiten, also so handeln, dass individuelle und soziale Ressourcen sich entfalten, gestärkt und erweitert werden können“ (Kraimer 1994, S. 54); zum Zusammenhang von Sozialraum und Biographie vgl. auch Schumann (1995; 2004).

7) In diesem Zusammenhang ist auf einer Unterscheidung zwischen „sozialen Netzwerken“ und „Policy-Netzwerken“ (vgl. Héritier 1993) zu bestehen. Zum „Netzwerkmanagement“ als einer zentralen Aufgabe des Quartiersmanagements vgl. Güntner (2004); zur sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse vgl. Trezzini (1998).

8) Zur „Vernetzung“ vgl. die grundlegende Arbeit von Filsinger/Bergold (1993).

9) Zur „interkulturellen Kompetenz“ vgl. Hinz-Rommel (1996); Matthes (1998); Auernheimer (2002); Filsinger (2003).

10) Hierzu gehört selbstverständlich eine „interkulturelle Öffnung“ der Organisationen, vgl. Handschuk/Schröer 2002; 2005.

11) Die integrierte Sozialraumentwicklung bedarf einer Einbindung in eine kommunale Integrationspolitik (vgl. Filsinger 2002; Pröhl/Hartmann 2002; Hartmann/Pröhl 2003; Petendra 2005; Schader-Stiftung u.a. 2005), die wohl nicht ohne eine „Interaktionspolitik“ auskommt (vgl. Lamura 1998); vgl. dazu auch den Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesinnenministeriums (www.erfolgreiche-integration.de).

Literatur

Alisch, M. (1998): Soziale Stadtentwicklung durch Stadtteilmanagement. Das Hamburger Rahmenkonzept für benachteiligte Quartiere. In: Klöck, T. (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment (Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6). Neu-Ulm, S. 205-218

Alisch, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung – Politik mit neuer Qualität? In: Walther, U. J. (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen, S. 57-70

Alisch, M. (Hg.) (2001; 2. Aufl.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen

Auernheimer, G. (Hg.) (2001): Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen. Interkulturelle Studien 7. Opladen

Auernheimer, G. (Hg.) (2002): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Interkulturelle Studien 13. Opladen

Bartelheimer, P. (2004): Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung. SOFI-Mitteilungen Nr. 21. Göttingen

Barwig, K. u. Hinz-Rommel, W. (Hg.) (1995). Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Freiburg/Brsg.: Lambertus

Becker, H./Löhr, R. P. (2000): „Soziale Stadt“ - Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. Aus Politik und Zeit-

geschichte, B10-11

Bernert, J./Lange, M. (2000): Interkulturelle Kompetenz in Kommunalverwaltung und Gemeinwesenarbeit am Beispiel der Stadt Göttingen. In: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.). Integration in Städten und Gemeinden (In der Diskussion: Nr. 9) (S. 17-32). Berlin und Bonn

Blätter der Wohlfahrtspflege, 151. Jg., Heft 6, 2004 (Themenheft: Interkulturelle Arbeit)

Blätter der Wohlfahrtspflege, 152. Jg., Heft 3, 2005 (Themenheft: Bürgerengagement)

Bönninger, T. (2005): Qualifizierungsangebote deutschsprachiger Einrichtungen. In: Hochstadt, S. (Hg.): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden, S. 193-202

Bremer, P./Gestring, N. (2004): Migranten – ausgegrenzt?. In: Häußermann, H./Kronauer, M./Siebel, W. (Hg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt a. Main, S. 261-264

Brocke, H. (2002): Soziale Arbeit als Koproduktion. Journal der Regiestelle E&C, Nr. 7, S. 1-10. www.eundc.de.

Bukow, W. D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (2001). Die multikulturelle Stadt. Wiesbaden

Dangschat, J. S. (1995): Multikulturelle Gesellschaft und sozialräumliche Polarisierung. In: Schwarz, U./Hamburgische Architektenkammer (Hg.): Risiko Stadt?: Perspektiven der Urbanität. Hamburg, S. 178-191

Fijalkowski, J. u. Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine. Ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in der Aufnahmegesellschaft - am Beispiel Berlins. Berlin: Hitit-Verlag

Filsinger, D. (2000): Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-) Felder und Forschungsaufgaben. In: Elsen, S./Ries, H.A. u.a. (Hg.): Sozialen Wandel gestalten - Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied/Kriftel, S. 54-79

Filsinger, D. (2001): Stadtteilmanagement. In: Arbeitskreis Alternative Arbeitsmarktpolitik (AKAA) (Hg.): Soziale Stadt - Chancen einer ganzheitlichen Stadtteilentwicklung. Saarbrücken, S. 75-81

Filsinger, D. (2002). Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der 90er Jahre. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 13-19

Filsinger, D. (2003): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Expertise für die Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Berlin [www.eundc.de]

Filsinger, D. (2004): Interkulturelle Öffnung der Institutionen der Einwanderungsgesellschaft. In: Stiftung SPI – Regiestelle E&C (Hg.): Interkulturelle (Stadt(teil)politik. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. und 9. 12.2003. Berlin, S. 14-23 [www.eundc.de]

Filsinger, D./Bergold, J. (1993): Entwicklungsmuster und Entwicklungsdynamik psychosozialer Dienste. In: Bergold, J./Filsinger, D. (Hg.): Vernetzung psychosozialer Dienste. Weinheim/München, S. 11-47

Galuske, M. (1999): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München, S. 89-100

Güntner, S. (2004): Quartiersmanagement als Netzwerkmanagement. Über das Organisieren von politischer Intervention in Armutsquartieren. In: Walther, U.J. u. Mensch, K. (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt, S. 169-187

Hamburger, F. (2000): Reflexive Interkulturalität. In: Hamburger, F. (Hg.): Pädagogische Praxis und erziehungswissenschaftliche Theorie zwischen Lokalität und Globalität. Frankfurt a. Main/Berlin, S. 191-200

Handschuk, S. u. Schröer, H. (2002): Interkulturelle Orientierung und Öffnung von Organisationen. Neue Praxis, 32. Jg., Heft 5, S. 511-521

Handschuk, S. (2005): Interkulturell orientiertes Qualitätsmanagement. In: Sprung, A./Posch, K. (Hg.): Perspektivenwechsel? Empowerment und Sozialarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Graz, S. 87-91

Hartmann, H./Pröhl, M. (2003): Interkulturelle Stadtpolitik – Handlungsansätze und gute Beispiele. Journal der Regiestelle E&C, Stiftung SPI Berlin, Heft 10, S. 1-11

Häußermann, H. (1995). Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg., Heft 1, S. 89-98

Häußermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen <<underclass>>. In: Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a. Main, S. 145-175

Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. Aus Politik und Zeitgeschichte, B10-11

Häußermann, H. (2004). Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die „Soziale Stadt“. In: Walther, U.J. u. Mensch, K. (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt, S. 268-287

Häußermann, H./Oswald, I. (1996). Stadtentwicklung und Zuwanderung. In: Schäfers, B./Wewer, G. (Hg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen, S. 85-102

- Héritier, A. (1993): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. (Politische Viertel-jahresschrift Sonderheft 24). Opladen
- Hinz-Rommel, W. (1996): Interkulturelle Kompetenz und Qualität. Zwei Dimensionen von Professionalität in der Sozialen Arbeit. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4, S. 20-25
- Hochstadt, S. (Hg.) (2005): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden
- Klein, A./ Kern, K./Geißel, B./Berger, M. (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital – Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Opladen
- Kraimer, K. (1994):. Die Rückgewinnung des Pädagogischen. München/Weinheim
- Krummacker, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N. (2003). Sozialsplaltung der Städte, Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement. Opladen
- Krummacker, M./Waltz, V. (1999): Kommunale Migrations- und Integrationspolitik. In.: Dietz, B./Eißel, D./Naumann, D. (Hg.): Handbuch der kommunalen Sozialpolitik. Opladen, S. 465-489
- Lamura, G. (1998): Migration und kommunale Integrationspolitik. Wiesbaden
- Legewie, H. (1993): Zur „Planbarkeit“ von Lebenswelten. Diskursanalyse in der Technikgestaltung, Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung, Manuskript. Berlin
- Leggewie, C. (2000): Integration und Segregation. In: Bade, K.J./Münz, R. (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt/M./New York, S.85-117
- Lüttringhaus, M. (1998). Intermediäre Instanzen in der interkulturellen Arbeit. In: Breidenstein, L./Kiesel, D./Walther, J. (Hg.): Migration, Konflikt und Mediation. Zum interkulturellen Diskurs in der Jugendarbeit. Frankfurt a. Main, S. 123-133
- Matthes, J. (1998): Interkulturelle Kompetenz. Merkur, 52. Jg., Heft 3, S. 227-238
- Offe, C. (1996). Moderne «Barbarei»: Der Naturzustand im Kleinformat? In: Miller, M./Soeffner, H.G. (Hg.): Modernität und Barbarei. Frankfurt a. Main, S. 258-289
- Otto, H. U./Ziegler, H. (2004a): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 1). Neue Praxis, 34. Jg., Heft 2, S. 117-135
- Otto, H. U./Ziegler, H. (2004b): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 2). Neue Praxis, 34. Jg., Heft 3, S. 271-291
- Petendra, B. (2005). Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-Practice. Beispiele. Werkstattbericht. Schader-Stiftung. Darmstadt
- Pröhl, M./Hartmann, H. (Hg.) (2002): Strategien der Integration. Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Cities of Tomorrow. International Network for Better Local Government. Gütersloh (www.cities-of-tomorrow.net)
- Riege, M./Schubert, H. (Hg.) (2004; 2. Aufl.). Sozialraumanalyse. Grundlagen, Methoden, Praxis. Wiesbaden
- Ries, H. A./Elsen, S./Steinmetz, B./Homfeldt, H. G. (Hg.) (1997): Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied/Kriftel
- Schader-Stiftung u.a. (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt
- Schubert, H./Spieckermann, H. (2002): Aufbau von Netzwerken als Kernaufgabe des Quartiersmanagements. In: Walther, J.U. (Hg.). Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?. Opladen, S. 147-164
- Schuleri-Hartje, U. K./Floeting, H./Reimann, B. (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt
- Schumann, M. (1995): Sozialraumanalyse und Ethnographie in Jugendhilfe und Jugendarbeit. deutsche jugend, 43. Jg., Heft 5, S. 210-226
- Schumann, M. (2004): Sozialraum und Biographie. Versuch einer pädagogischen Standortbestimmung. Neue Praxis, 34. Jg., Heft 4, S. 323-337
- Schütze, F. (1981): Prozessstrukturen des Lebenslaufs. In: Mathes, J. u.a. (Hg.): Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive. Nürnberg, S. 67-156
- Schweitzer, H. (2001): Partizipation von Migranten an kommunalen Planungsprozessen - das Beispiel der Stadt Essen. IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4, S. 39-49
- Siebel, W. (1997). Die Stadt und die Zuwanderer. In: Häußermann, H./Oswald, I. (HG.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen, S. 30-41
- Sutter, B. (2003). Regieren durch Community. Bürgerschaftliches Engagement als postsoziale Regierungsstrategie. In: Allmendinger, J. (Hg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Leipzig 2002. Beiträge aus Arbeitsgruppen, Sektionssitzungen und den Ad-hoc-Gruppen. DGS-Kongressband 2002, CD-ROM
- Trezzini, B. (1998). Theoretische Aspekte der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 24. Jg., Heft 3, S. 511-544

Walther, U. J. (Hg.) (2002). Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen

Walther, U. J. u. Mensch, K. (Hg.) (2004): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt

Wegener, A. (1998): Was kommt nach dem Neuen Steuerungsmodell? Von der Behörde über das Dienstleistungsunternehmen zur Bürgerkommune. BISS-Public, Heft 26, 139-152

Prof. Dr. Dieter Filsinger

Katholische Hochschule für Soziale Arbeit
Saarbrücken
Rastpfuhl 12 A
66113 Saarbrücken
Fon: 06819713213
Email: filsinger@khsa.de
www.khsa.de